



Prof. Dr. Ing. MICHAEL KAUFMANN MdB

KURZ-KNAPP-KAUFMANN

DER WOCHENRÜCKBLICK

(KW 38/22)

Nachfolgend finden Sie einen Überblick der Ereignisse und Themen, die uns in der Kalenderwoche 38 beschäftigt haben. Kontaktadressen für Fragen und Anregungen finden Sie am Ende dieser Zusammenfassung. Ich wünsche Ihnen eine schöne Zeit und viel Spaß beim Lesen,

Michael Kaufmann
Ihr Michael Kaufmann

PRESSEMITTEILUNGEN



21. September 22

Pressemitteilung: Erforschung der Risiken der COVID-Impfungen nicht länger aufschieben

Als Reaktion auf einen Bericht des Spiegel über schwere Nebenwirkungen der COVID-Impfungen schrieb Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach am 12. Juni 2022 auf Twitter, „Guter Artikel. Post-Vac-Syndrom muss besser untersucht werden.“ Auf eine schriftliche Frage des forschungspolitischen Sprechers der AfD-Fraktion im Bundestag, Michael Kaufmann, an das Bundesgesundheitsministerium zum Stand der Forschung zum so genannten Post-Vac-Syndrom war nun zu erfahren: „Die Bundesregierung prüft derzeit die Förderung der weiteren Erforschung des Post-Vac-Syndroms.“

Michael Kaufmann teilt dazu mit:

„Das ist entschieden zu wenig. Die Anzeichen, dass COVID-Impfungen mit erheblichen Risiken und Nebenwirkungen behaftet sind, verdichten sich seit über einem Jahr. Der Gesundheitsminister sah sich erst aufgrund eines Berichts im Spiegel dazu veranlasst, zu diesem Problem in denkbar knappster Form Stellung zu nehmen. Dies ist ein Affront gegenüber den vielen Menschen, die unter den Nachwirkungen der COVID-Spritze leiden. Nun aber, drei Monate nach Lauterbachs Ankündigung, dass das Post-Vac-Syndrom ‚besser untersucht‘ werden müsse, ist die Bundesregierung immer noch nicht darüber hinausgekommen, die Förderung der Erforschung dieses Phänomens lediglich zu prüfen. Dies zeugt von erschreckender Ignoranz und Gleichgültigkeit gegenüber den Betroffenen. Diese Menschen haben sich im Vertrauen auf die Versprechen des Gesundheitsministers gegen COVID impfen lassen und sind nun zum Teil mit furchtbaren und bleibenden Schäden an ihrer Gesundheit konfrontiert.“

Die AfD-Fraktion im Bundestag fordert die Bundesregierung daher nachdrücklich auf, die Erforschung der Risiken und Nebenwirkungen der COVID-Impfungen nicht länger aufzuschieben, sondern hier unverzüglich tätig zu werden. Nicht nur muss diesen Menschen schnellstens geholfen werden, es muss vor allem auch verhindert werden, dass weiter Impfschäden in großer Zahl entstehen.“



WAHLKREIS



Ein kleiner Überblick über meine Aktivitäten im Wahlkreis während der letzten Woche:

Obere Reihe: Am Montag war in Pöbneck der Marktplatz voll: Die Bürger, die unter der Regierungspolitik leiden, und die Opposition in den Parlamenten müssen zusammenstehen.

Links sehen Sie ein Foto unseres Infostandes in Remda, wo wir bereits um 6 Uhr morgens vor Ort waren.

In der dritten Reihe Bilder unseres Infostandes in Rudolstadt am Samstag.





BUNDESTAG



22. September 22

Meine Rede im Bundestag zum 28. BAföG-Änderungsgesetz

Die Bundesregierung hat sich heute selbst die nächste Generalermächtigung erteilt. Diesmal beim BAföG. Im Fall einer nationalen Notlage, bei der Studenten ihre Nebenjobs verlieren, soll das BAföG per Verordnung für alle Studenten geöffnet werden, im Zweifel auch unabhängig von der konkreten Bedürftigkeit. Weder Notlage noch Bedürftigkeit sind im Gesetz klar definiert. Der Verdacht liegt nahe, dass hier bereits für zukünftige Lockdowns vorgebaut werden soll. Zudem ist das Gesetz auch handwerklich schlecht gemacht.

Zudem ist das Gesetz auch handwerklich schlecht gemacht.

In meiner Rede zur 28. Änderung des BAföG lege ich die Mängel dieses Gesetzes offen und weise diese unsinnige und unausgeglichene Maßnahme im Namen der AfD-Fraktion zurück.

Den Link finden Sie hier: <https://www.facebook.com/watch/?v=656674648993678>



PARLAMENARISCHE SITZUNGSWOCHE

Mittwoch

Befragung des Ministers für Ernährung und Landwirtschaft

- Cem Özdemir ließ in seinen Statements verlauten, dass es seiner Partei hauptsächlich um Stickstoffreduzierung, etwa durch Reduzierung der Ausbringung von Gülle und synthetischen Dünger geht.
- Aktuell fahren viele Düngemittelproduzenten ihre Produktion zurück oder machen dicht, und das nicht erst seit den gestiegenen Gas- und Energiepreisen in diesem Jahr. Dies führt letztendlich zu einem Dominoeffekt, den man in den meisten Bereichen der Wirtschaft aktuell vor dem Hintergrund der Energiepreisinflation beobachten kann, denn: Fällt die Düngemittelproduktion weg, fehlt irgendwann AdBlue oder Kohlensäure für die Lebensmittelproduktion, wodurch diese gefährdet sein könnte.
- In der anschließenden Fragestunde hatte die AfD wieder einmal die Nase vorn und stellte 18 der insgesamt 53 Fragen.

Beantragung einer aktuellen Stunde von der CDU zum Thema: Ausstiegsfahrplan für russische Öl- und Gasimporte (in Bezug auf den Antrag 20/1550)

- Der Antrag fordert mit Nachdruck den Einsatz bereits bestehender und angedachter härterer Restriktionen, Sanktionen gegen Russland, Waffenlieferungen an die Ukraine und Verdrängung Russlands vom Wirtschafts- und Kapitalmarkt.
- In der Debatte kam dann auch die Gasumlage zum Zuge, wobei die CDU schließlich auch erkannte, dass diese ggf. verfassungswidrig sein könnte. Denn Uniper soll wohl in Kürze verstaatlicht werden.
- Rainer Kraft, AfD sprach die Stilllegung der Raffinerie Schwedt zum Ende des Jahres an – und wir alle können jetzt schon erahnen, dass zu diesem Termin die Preise nochmals anziehen werden.

Antrag der AfD: Gasumlage zurücknehmen, Inflation bekämpfen

- Die Forderung: Gasumlage zurücknehmen und Inflation vermeiden - Gaswirtschaft notfalls direkt stabilisieren - Nord Stream nutzen und Kernkraft erhalten.
- Allein in Mecklenburg-Vorpommern waren am Wochenende zuvor schon insgesamt 12.000 Menschen auf der Straße gegen die horrenden Energiepreise gegangen. Und nun nochmal eine überflüssige Umlage obendrauf.
- Das grüne Wirtschaftswunder, das die Grünen vollmundig im Wahlkampf verkündet hatten, ist Schall und Rauch, so der Redner der AfD Leif-Erik Holm.
- Der Antrag der AfD wurde abgelehnt.

Donnerstag

Gesetzesantrag der CDU/CSU zur Änderung des Atomgesetzes in der ersten Lesung

- Forderung: Die Verlängerung der drei verbliebenen Atomkraftwerke bis mindestens 31.12.24.
- Er ist somit der „kleine Bruder“ des AfD-Antrages, der erst gegen 23 Uhr behandelt wurde und u.a. eine Laufzeitverlängerung über 20 Jahre forderte.
- Der AfD-Antrag wurde in namentlicher Abstimmung mit allen Stimmen gegen die AfD abgelehnt, der CDU-Antrag wurde überwiesen.
-

Inflationsausgleichsgesetz – InflAusG, 20/3496

- Erneut sollten Brosamen an die Bevölkerung verteilt werden über das Inflationsausgleichsgesetz – InflAusG, 20/3496:
- Erhöhung des Grundfreibetrags, Senkung der Gassteuer befristet auf 7% und einem geringen Ausgleich bei der kalten Progression.
- Gottschalk (AfD) kritisierte zurecht, dass das Wort „Inflationsausgleich“ eine glatte Lüge sei.
- Der Entwurf wurde an den Finanzausschuss überwiesen.

Die Linke: Übergewinnsteuer für Energiekonzerne einführen

- Die Einführung einer sogenannten Übergewinnsteuer für Energiekonzerne, scheiterte in der namentlichen Abstimmung gegen alle anderen Fraktionen.
- Tatsächlich sei die Wurzel des Übels zu beenden, also die verkorkte Energiepolitik der Bundesregierung, so Klaus Stöber von der AfD.



Erneute aktuelle Stunde auf Antrag der Ampel: Gewährleistung der Energieversorgung

- Minister Habeck sprach von einer schweren Energiekrise, und führte die gedrosselten Gaslieferungen aus Russland auf.
- Steffen Kotré, AfD hielt der Regierung den Spiegel vor´s Gesicht: „Haltet den Dieb, ruft der Dieb“.
- Der Umbau der sozialen Marktwirtschaft hin zur Staatswirtschaft ist in vollem Gange, der Staat wird zum Sozialismusunternehmen, die Blaupause ist aktuell die Verstaatlichung von Uniper. Erst wird das Geschäftsmodell der Branche ruiniert, dann kann man billig aufkaufen, die Folge ist sozialistische Mangelwirtschaft.

Nächster Antrag der CDU: Aufforderung an die Bundesregierung, die Ukraine direkt mit schweren Waffen zu beliefern

- Alexander Gauland hierzu: „Wir sind in einer Auseinandersetzung, die uns nicht betrifft, zur Kriegs-Partei geworden, und wir werden es jeden Tag mehr.“
- Der Antrag wurde an den Auswärtigen Ausschuss überwiesen.

Debatte um die Änderung des 28. BAFöG

- Die Forderung: Im Falle einer bundesweiten Notlage den Personenkreis der BAFöG-Empfänger zu erweitern, sofern die Krise negativen Einfluss auf den „Arbeitsmarkt für ausbildungsbegleitende Nebentätigkeiten“ hat
- Die AfD fordert hingegen im Entschließungsantrag, dieses Gesetz zurückzuziehen und es dabei zu belassen, dass Genehmigungen elternabhängig bleiben.
- Prof. Michael Kaufmann sah in der eilig eingebrachten Vorlage vielleicht sogar eine Präventionsmaßnahme der Regierung bei evtl. weiter geplanten Lockdown-Maßnahmen. Und er forderte die Korrektur handwerklicher Unzulänglichkeiten.

In 1. Lesung behandelt wurde ein Antrag der Ampel-Koalition zur Änderung des Europa-Wahlrechts

- Hauptanliegen ist die Herabsetzung des Mindestwahlalters von 18 auf 16 Jahre.
- Es erfolgte Überweisung in den Ausschuss.

Freitag

GKV-Finanzstabilisierungsgesetz, 20/3448

- Die gesetzlichen Krankenkassen sollen mit dem GKV-Finanzstabilisierungsgesetz 20/3448 stabilisiert werden, um ein Defizit von 17 Mrd. auszugleichen.
- Damit werden die Krankenkassen bestraft, die sparsam gewirtschaftet haben, so Martinichert in seiner Rede. „Es kann auch nicht sein, dass ukrainische Gäste mit ihren Nobelkarossen vor deutschen Arztpraxen parken und sich ein kostenloses Vollprogramm für ihre Zähne verpassen lassen, und die deutsche alleinerziehende Mutter kann sich nicht einmal den Besuch im Schwimmbad leisten“.
- Dem Gesetzentwurf zufolge müssen sich die Versicherten 2023 auf einen um 0,3 Prozentpunkte höheren Zusatzbeitrag einstellen. Der Bundeszuschuss an den Gesundheitsfonds soll um zwei auf 16,5 Milliarden Euro erhöht werden. Ferner will der Bund der GKV ein unverzinsliches Darlehen in Höhe von einer Milliarde Euro gewähren.
- In einer vorherigen PK der AfD hatte Peter Boehringer, AfD aufgeklärt, dass dieses Darlehen ursprünglich als Abgabe der Pharma-Industrie geplant war, allerdings hatte Minister Lauterbach hier interveniert, so dass dieser überfällige Solidarbeitrag nicht zum Tragen kam.

Antrag der AfD: Eine Aktuelle Stunde zum Thema „Abschaffung der Gebühren zur Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks“

- Neben der Abschaffung der Gebühren zur Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ging es auch darum, „Lehren aus dem ARD-Skandal“ vor dem Hintergrund des Finanzskandals bei RBB und weiteren Machenschaften in den Rundfunkräten zu ziehen.
- Die Sendeanstalten lebten „wie die Made im Zwangsgebühren-Speck“, so Martin Renner, AfD. Pro Tag erhielten sie 23,1 Millionen Euro aus den Rundfunkbeiträgen.

VERMISCHTES



21.09.22

Prof. Steven Chu von der Stanford-University spricht auf der Jahrestagung der Helmholtz-Gemeinschaft in Berlin.

Der Physik-Nobelpreisträger gibt den deutschen Energiewendern zu denken:

- Kalifornien beschloss den Ausstieg aus der Kernkraft, da sonst Energiesicherheit bei geringem CO₂-Ausstoß nicht zu schaffen sind.
- Deutschland sollte seine Industrie nicht mit einem zu schnellen Umstieg auf Wasserstoff ruinieren, da Wasserstoffprozesse noch lange nicht konkurrenzfähig sind
- die viel diskutierte CO₂-Abscheidung und -Endlagerung (carbon capture) ist eine Illusion - viel zu teuer.



22.09.22

Mein Mitarbeiter Hartmut Lucas war mit meinem Bürgermobil unterwegs in Niedersachsen, um Delia Klages im Wahlkampf zu unterstützen.

Wir wünschen viel Erfolg bei der Landtagswahl!



23.09.22

Das war unsere Veranstaltung „Teuro Total“ in Oettersdorf zum Thema Inflation mit den Bundestagsabgeordneten Peter Böhlinger, Stephan Brandner, MdB, René Springer und Prof. Michael Kaufmann.

Den Link zum Video finden Sie hier:

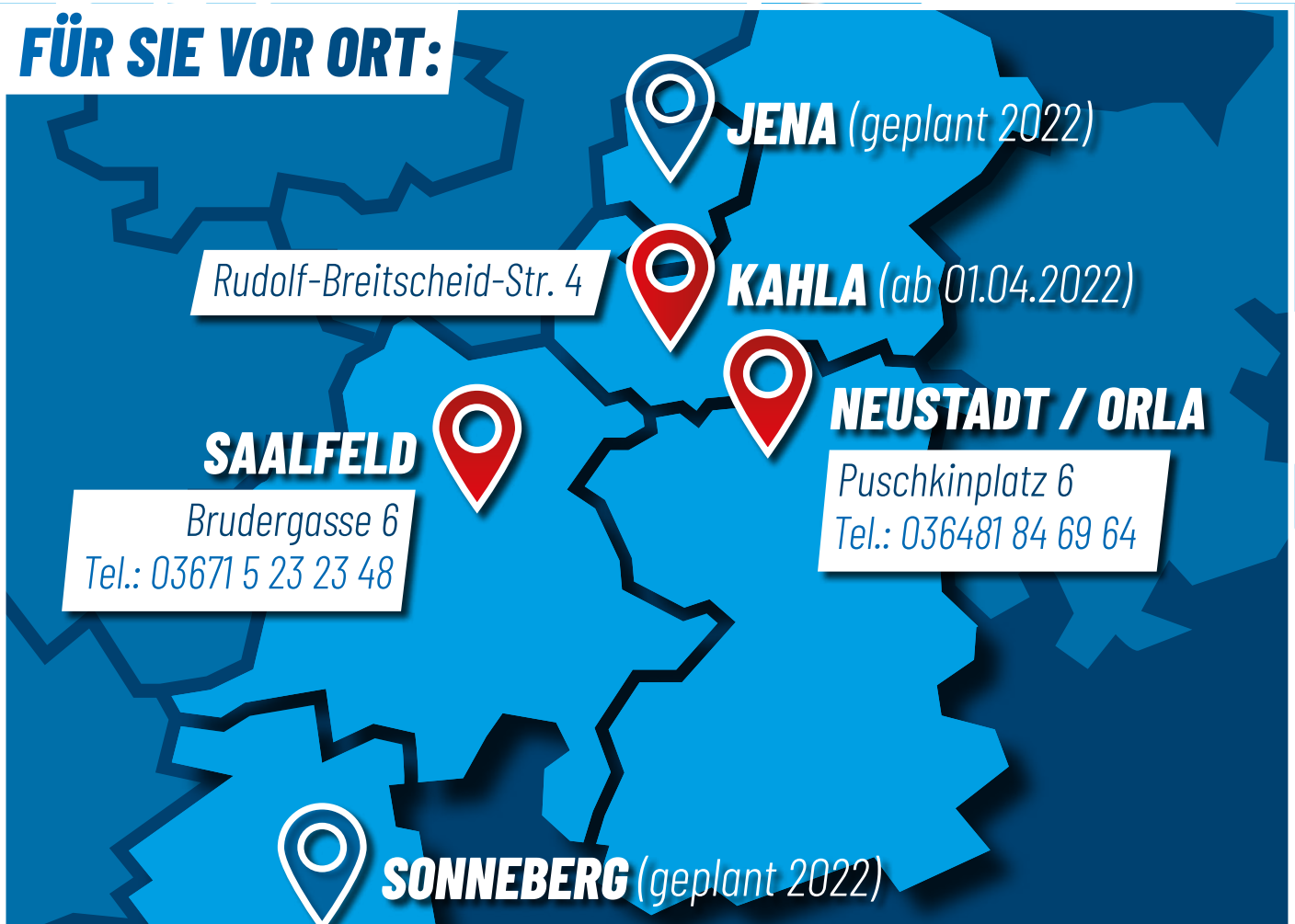
<https://youtu.be/W9RARQMBUpw>



KOMMENDE TERMINE IM SEPTEMBER



FÜR SIE VOR ORT:



Prof. Dr.-Ing.
Michael Kaufmann, MdB
WWW.KAUFMANN-MICHAEL.DE



www.Kaufmann-Michael.de
 Michael.Kaufmann@bundestag.de

@AfDKaufmann
 @KaufmannAfD

@KaufmannAfD
 t.me/KaufmannAfD

V.i.S.d.P.: Prof. Dr.-Ing. Michael Kaufmann, Deutscher Bundestag, Unter den Linden 50, 11011 Berlin, Tel.: +49 30 227 73557 Fax: +49 30 227 23 73557

WWW.KAUFMANN-MICHAEL.DE

